

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Die Ministerin



Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des
Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

19. April 2018
Seite 1 von 1

Aktenzeichen 413-9304
bei Antwort bitte angeben

An den
Präsidenten des Landtags
Des Landes Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



RD'in Anja Kraska
Telefon 0211 837-4254
Telefax 0211 837-2200
anja.kraska@mkffi.nrw.de

Einleitung der Verbändeanhörung zum Entwurf eines „Gesetz(es) zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes“

Zuleitung nach Maßgabe der Parlamentsinformationsvereinbarung

Sehr geehrter Herr Präsident,

gemäß Abschnitt I. Ziffer 1 der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung“ übersenden wir Ihnen den Entwurf eines „Gesetz(es) zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes“, zu dem wir die Verbändeanhörung eingeleitet haben.

Entsprechend der bestehenden Absprachen sind 60 Kopien beigelegt.

(Dr. Joachim Stamp)

(Ina Scharrenbach)

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkffi.nrw.de
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 708, 709
Haltestelle Poststraße

der Landesregierung

Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes

A Problem

Bund, Länder und Kommunen hatten in der Zeit der stark angestiegenen Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015 und 2016 den Kraftakt zu stemmen, die Aufnahme und Unterbringung der nach Deutschland geflohenen Menschen zu gewährleisten und ihre Versorgung sicherzustellen. Die Kommunen haben in der Flüchtlingskrise Hervorragendes geleistet. Aktuell stehen sie vor der Herausforderung einer gelingenden Integration der geflüchteten Menschen, insbesondere derjenigen mit guter Bleibeperspektive. Die Integrationsleistungen des Bundes nach §§ 43 ff des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) decken nicht alle – insbesondere zielgruppenspezifische – Integrationsbedarfe vor Ort ab. Die dabei in den Jahren 2015 bis 2017 entstandenen und auch in 2018 entstehenden Kosten belasteten und belasten die kommunalen Haushalte und führen auch dazu, dass Integrationsmaßnahmen nicht in dem erforderlichen Umfang vor Ort durchgeführt werden können. Zudem dürfen andere kommunale Vorhaben und die gesamtstaatliche Aufgabe der Integration von Flüchtlingen nicht in Konkurrenz zueinander stehen, mit der Folge, dass die Kommunen in ihrer Planungshoheit eingeschränkt sind.

Die Regelung des § 23 Absatz 2 AufenthG nimmt keine Differenzierung mehr zwischen miteingereisten Angehörigen jüdischer Zugewanderter aus der ehemaligen Sowjetunion, die eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, ehemals in § 23 Absatz 1 AufenthG verankert, und jenen jüdischen Zugewanderten, die eine Niederlassungserlaubnis erhalten, ehemals in § 23 Absatz 2 AufenthG geregelt, vor. In § 11 Nr. 3 Teilhabe- und Integrationsgesetz wird bei dem dort erfassten Personenkreis der jüdischen Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion diese Differenzierung noch vorgenommen. Mit dem Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung (BGBl. 2015, I Nr. 32: 1386) ist für die Neuansiedlung ausgewählter Schutzsuchender (Resettlement-Flüchtlinge) mit dem § 23 Absatz 4 AufenthG zum 1. August 2015 eine spezialgesetzliche Regelung eingeführt worden. Vor Inkrafttreten dieser Regelung wurden die Resettlement-Flüchtlinge über § 23 Absatz 2 AufenthG miterfasst. Entsprechend dieser bundesrechtlichen Regelung wurden unter § 11 Nr. 3 Teilhabe- und Integrationsgesetz zunächst die Resettlement-Flüchtlinge subsumiert.

Der Bund hat angekündigt, dem Land voraussichtlich im dritten Quartal 2018 rund 10 Mio. Euro aus Mitteln des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) infolge der Weiterleitung von Sonderzahlungen für Fälle des Familiennachzugs im Kontext der legalen humanitären Aufnahme von Syrern aus der Türkei zu erstatten. Ohne gesetzliche Regelung können die Gelder nicht an die aufnehmenden Gemeinden in rechtssicherer und sachgerechter Weise ausgezahlt werden.

Daneben sind infolge des Organisationserlasses des Ministerpräsidenten vom 13. Juli 2017 (GV. NRW. S. 699) aus Anlass der Neubildung der Landesregierung Veränderungen innerhalb der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden vorgenommen worden. Dies macht redaktionelle Anpassungen in § 10 Absatz 3 bis 5 Teilhabe- und Integrationsgesetz erforderlich.

B Lösung

Zu Entlastung der Kommunen im Bereich von Integrationsmaßnahmen werden den Gemeinden durch eine Neuregelung im Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz) vom 14. Februar 2012 zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro in 2018 zur Verfügung gestellt. Hintergrund ist die Entscheidung des Ministers der Finanzen in einer Gesamtbetrachtung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten den Koalitionsfraktionen am 8. Januar 2018 vorzuschlagen, die sich im Haushalt 2018 infolge der inzwischen bekannten Verbesserungen aus dem Haushaltsvollzug 2017 ergebenden Möglichkeiten dafür zu nutzen, die Integrationszuweisungen an die Kommunen im Jahr 2018 aufzustocken. Die Fraktionen von CDU und FDP sind diesem Vorschlag gefolgt und haben einen entsprechenden Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2018 in das parlamentarische Beratungsverfahren eingebracht. Der vom Parlament am 17. Januar 2018 verabschiedete Haushalt 2018 sieht nunmehr vor, den Kommunen einen Betrag von 100 Mio. Euro für die Durchführung von Integrationsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Damit belaufen sich die in 2018 geplanten flüchtlingsbedingten Zuweisungen an die Kommunen auf insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro.

Die Darstellung des Personenkreises nach § 11 Nr. 3 Teilhabe- und Integrationsgesetz wird entsprechend der geltenden aufenthaltsrechtlichen Regelungen angepasst. Die Differenzierung nach den Absätzen 1 und 2 des § 23 AufenthG wird gestrichen. Die zunächst per Erlass des ehemaligen Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales vom 25. August 2015 – Az.: IV 3 – 9310 – getroffene Klarstellung des Personenkreises nach § 11 Nr. 3 Teilhabe- und Integrationsgesetz – hier Resettlement-Flüchtlinge – aufgrund der zum 1. August 2015 in Kraft getretenen spezialgesetzlichen Regelung in § 23 Absatz 4 AufenthG wird nun in eine eigene gesetzliche Regelung überführt. Hieraus resultieren entsprechende Folgeänderungen in § 11 sowie § 13 Teilhabe- und Integrationsgesetz.

Mit diesem Gesetz wird zudem die Rechtsgrundlage zur Weiterleitung der für 2018 vom Bund avisierten Mittel aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) infolge der Gewährung von Sonderzahlungen für Fälle des Familiennachzugs im Kontext der legalen humanitären Aufnahme von Syrern aus der Türkei im Teilhabe- und Integrationsgesetz geschaffen.

§ 10 Absatz 3 bis 5 Teilhabe- und Integrationsgesetz wird aufgrund der aktuellen Zuständigkeit des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen redaktionell angepasst.

C Alternativen

Keine.

D Kosten

Für die Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen an die Gemeinden (§ 14a neu) fallen in 2018 einmalig 100 Mio. Euro an, die im Haushaltsplan in Kapitel 07 080 (Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter), Titel 633 20 eingestellt sind.

Bei den Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände nach §14b neu handelt es sich um vom Bund weitergeleitete Mittel aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF). Die auf das Land Nordrhein-Westfalen entfallende Summe an Fördermitteln in 2018 wird voraussichtlich rund 10 Mio. Euro betragen. Die genannte Summe wird erst nach entsprechender Prüfung der Europäischen Union im Laufe des Jahres 2018 über den Bund mitgeteilt und den Ländern zur Verfügung gestellt. Eigene Ausgaben für das Land Nordrhein-Westfalen fallen nicht an.

E Zuständigkeit

Zuständig ist das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration. Beteiligt sind die Staatskanzlei, das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung, das Ministerium der Finanzen, Ministerium des Innern, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und das Ministerium für Kultur und Wissenschaft.

F Auswirkungen auf die Selbstverwaltung und die Finanzierung der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Neuregelung der § 14a (Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen) und § 14b (Zuweisungen aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds) stär-

ken die Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Integration von Flüchtlingen im Rahmen der bestehenden kommunalen Selbstverwaltung. Neue Aufgaben werden nicht übertragen.

Durch rund 110 Mio. Euro insgesamt werden die Gemeinden und teilweise auch die Gemeindeverbände in 2018 entlastet und gleichzeitig weitere fiskalische Spielräume auch für neue örtliche Integrationsmaßnahmen eröffnet.

G Finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmen und die privaten Haushalte

Keine.

H Geschlechtsdifferenzierte Betrachtung der Auswirkungen des Gesetzes

Das Gesetz hat diesbezüglich keine Auswirkungen.

I Befristung

Eine Befristung ist nicht vorgesehen.

Gesetz zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes

Vom X. Monat 2018

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Das Teilhabe- und Integrationsgesetz vom 14. Februar 2012 (GV. NRW. S. 97) wird wie folgt geändert:

1. § 10 wird wie folgt geändert:

In den Absätzen 3, 4 und 5 werden die Wörter „ Vertriebenen- und Integrationsfragen“ durch die Wörter „Vertriebenen- und Aussiedlerfragen“ ersetzt.
2. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3 werden die Wörter „und deren miteingereiste Familienangehörige, die eine Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage des § 23 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. März 2018 (BGBl. I S. 342) geändert worden ist, erhalten haben, sowie“ gestrichen und nach dem Wort „(Aufenthaltsgesetz)“ ein Komma eingefügt.
 - b) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 eingefügt:

„Nr. 4 Ausländerinnen und Ausländer im Sinne von § 23 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes (Resettlement-Flüchtlinge) sowie“.
 - c) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.
3. In § 13 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „und 4“ durch die Angabe „bis 5“ ersetzt.
4. Nach § 14 werden folgende §§ 14a und 14b eingefügt:

„§ 14a

Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen

- (1) Die Gemeinden erhalten im Jahr 2018 Zuweisungen in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro zur Entlastung bei Maßnahmen zur Integration insbesondere von Asylbegehrenden, anerkannten Schutzberechtigten und Geduldeten.

- (2) Die Zuweisungen werden im Verhältnis der Summe der Personen der nach § 4 Absatz 3 Satz 1, § 3 Absatz 3 Satz 2 und Satz 3 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes vom 28. Dezember 2003 (GV. NRW. 2003 S. 93), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. 2018 S. 90) erstellten durchschnittlichen Bestandsstatistik für die Monate Oktober bis Dezember 2017 mit einem Anteil von 40 Prozent und des nach § 6 Absatz 2 der Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung vom 15. November 2016 (GV. NRW. 2016 S. 971) zum Stichtag 1. Januar 2018 erhobenen Bestandes an Personen mit einem Anteil von 60 Prozent auf die Gemeinden verteilt. Um eine sachgerechte Mindestpartizipation an den Zuweisungen für jede Gemeinde sicherzustellen, erhält jede Gemeinde dabei mindestens einen Betrag in Höhe von 50 000 Euro.
- (3) Der nach Absatz 2 ermittelte Zuweisungsbetrag wird durch die Bezirksregierung Arnsberg - Kompetenzzentrum für Integration - auf der Grundlage der durch das für Integration zuständige Ministerium ermittelten Beträge bis spätestens zum 31. Oktober 2018 festgesetzt und ausgezahlt. Die Einzelheiten zu den Berechnungen und zur Zahlungsabwicklung regelt das für Integration zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium im Erlasswege.
- (4) Die Maßnahmen der Gemeinden zur Integration nach Absatz 1 können sich an den Zielen und Grundsätzen nach § 1 Nummer 1 bis Nummer 6 und Nummer 8 und § 2 ausrichten. Gesetzliche Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, dem Achten Buch Sozialgesetzbuch, dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 254) geändert worden ist, sind keine Maßnahmen zur Integration im Sinne des Absatzes 1.
- (5) Die Gemeinden setzen die Zuweisungen für Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 4 ein. Zu ihrer Unterstützung können sie Dritte mit der Wahrnehmung von Aufgaben beauftragen. Die Gemeinden können dabei auch bereits abgeschlossene, noch bestehende oder neue kommunale Maßnahmen zur Integration für den Zeitraum 1. Januar 2015 bis 31. Oktober 2019 berücksichtigen. Dabei wird unwiderlegbar vermutet, dass Maßnahmen nach Satz 1 bis 3 in den Gemeinden jeweils mindestens in Höhe der Zuweisung nach den Absätzen 1 bis 3 erfolgt sind beziehungsweise erfolgen.

§ 14b

Zuweisungen aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

- (1) Die Kreise und kreisfreien Städte erhalten Zuweisungen infolge der Weiterleitung von Sonderzahlungen für Fälle des Familiennachzugs im Kontext der legalen humanitären Aufnahme von Syrern aus der Türkei aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds. Die Gesamthöhe der Zuweisungen ergibt sich aus dem vom Bund an das Land tatsächlich erstatteten Betrag in 2018. Dieser Betrag wird unter Berücksichtigung der von den Gemeinden an die Bezirksregierungen gemeldeten Familiennachzugsfälle auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt. Die Kreise geben die Zuweisungen an

ihre kreisangehörigen Gemeinden, in die der jeweilige Familiennachzug erfolgt ist, unverzüglich weiter.

- (2) Der nach Absatz 1 ermittelte Zuweisungsbetrag wird durch das Kompetenzzentrum für Integration auf der Grundlage der durch das für Integration zuständige Ministerium ermittelten Beträge festgesetzt und ausgezahlt.
- (3) Die Einzelheiten zur Berechnung und Zahlungsabwicklung regelt das für Integration zuständige Ministerium im Erlasswege im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den x. Monat 2018

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Armin L a s c h e t

Der Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
Dr. Joachim S t a m p

Die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
Ina S c h a r r e n b a c h

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Karl-Josef L a u m a n n

Die Ministerin für Kultur und Wissenschaft
Isabel P f e i f f e r – P o e n s g e n

Der Minister des Innern
Herbert R e u l

Der Minister der Finanzen
Lutz L i e n e n k ä m p e r

Begründung

A Allgemeiner Teil

Die Integration der geflüchteten Menschen (in erster Linie Asylbegehrende, anerkannte Schutzberechtigte und Geduldete) insbesondere derjenigen, die eine Bleibeperspektive haben, findet in den Kommunen vor Ort statt. Sie ist auch für die kommenden Jahre eine große Herausforderung im Spannungsfeld zwischen den örtlichen personellen und fiskalischen Ressourcen, dem jeweiligen gesellschaftlichen Klima und den unterschiedlichen Hilfebedarfen der Schutzsuchenden. Die Kommunen haben hier bereits Großartiges geleistet, besonders in den Jahren ab 2015. Und doch stehen sie vor der Aufgabe, Integrationspolitik nicht nur fortzuführen, sondern auch entsprechend den aktuellen Herausforderungen fortzuentwickeln. Eine gelungene Integration der geflüchteten Menschen stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen für die Zukunft, auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des aktuellen und zukünftigen Fachkräftebedarfs. Hier sind die geflüchteten Menschen, die voraussichtlich in Nordrhein-Westfalen bleiben werden, anzusprechen aber auch die Menschen, die schon seit Generationen in Deutschland leben. Dazu gehört auch die Vermittlung der gesellschaftlichen Grundwerte, insbesondere der des Grundgesetzes. Denn diese sind die Basis für ein friedvolles und die Rechtsordnung achtendes Miteinander der Menschen in Nordrhein-Westfalen – gleich welcher Herkunft. Dies betrifft alle Menschen, ob mit oder ohne Einwanderungsgeschichte. Die hierbei bereits entstandenen und noch entstehenden Kosten belasten die kommunalen Haushalte und führen teilweise auch dazu, dass Integrationsmaßnahmen nicht in dem erforderlichen Umfang vor Ort durchgeführt werden können. Zudem dürfen andere kommunale Vorhaben und die gesamtstaatliche Aufgabe der Integration von Flüchtlingen nicht in Konkurrenz zueinander stehen, mit der Folge, dass die Kommunen in ihrer Planungshoheit eingeschränkt sind.

Die Kommunen darin zu stärken, eine kluge und nachhaltige Integrationspolitik je nach den Anforderungen vor Ort zu betreiben, ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Mit dem vorliegenden Gesetz wird nun auch eine landesweite anteilige finanzielle Entlastung der kommunalen Haushalte erreicht. In einer Gesamtbetrachtung der finanziellen Handlungsmöglichkeiten hat der Minister der Finanzen am 8. Januar 2018 vorgeschlagen, die sich im Haushalt 2018 infolge der Verbesserungen aus dem Haushaltsvollzug 2017 ergebenden Möglichkeiten dafür zu nutzen, die Integrationspauschale in 2018 teilweise an die Kommunen weiterzugeben. Die Fraktionen von CDU und FDP haben daraufhin einen entsprechenden Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2018 in das parlamentarische Beratungsverfahren eingebracht. Der vom Parlament am 17. Januar 2018 verabschiedete Haushalt 2018 sieht nunmehr vor, 100 Millionen Euro aus Landesmitteln an die Kommunen im Zusammenhang mit ihren Aufwendungen für die Integration von Geflüchteten weiterzuleiten. Mit diesem Gesetz (§ 14a) wird mehr Verbindlichkeit in der Flüchtlingsintegration geschaffen, da die Gemeinden erstmalig in 2018 gesetzliche Mittel für die Integration von Flüchtlingen vom Land erhalten. Mit der Verortung im Teilhabe- und Integrati-

ongesetz, das vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration ausdrücklich als gelungen gelobt worden ist, wird die Bedeutung der neuen Zuweisungen an die Gemeinden für Integrationsmaßnahmen als wichtiger Baustein der Integrationspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen hervorgehoben.

Die Zuweisungen in Höhe von 100 Mio. Euro sind von den Gemeinden für Integrationsmaßnahmen insbesondere für Flüchtlinge für den Zeitraum 1. Januar 2015 bis zum 31. Oktober 2019 zu verwenden. Es muss sich nicht um neue kommunale Maßnahmen handeln, so dass die Gemeinden auch bereits bestehende Integrationsmaßnahmen abrechnen können. Dies gilt rückwirkend für die Jahre 2015 bis einschließlich 2017. Hiermit wird eine breite Entlastungswirkung für die kommunalen Haushalte erreicht. Die kommunalen Integrationsmaßnahmen können sich inhaltlich an den §§ 1 und 2 des Teilhabe- und Integrationsgesetzes ausrichten und sind von vorrangigen Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, dem Achten Buch Sozialgesetzbuch einschließlich der Regelungen nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) - Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - SGB VIII – vom 30. Oktober 2007, dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz abzugrenzen.

Für die Verteilung der 100 Mio. Euro werden die Bestandsdaten der geflüchteten Personen aus dem gesetzlichen Fachverfahren nach § 4 Absatz 3 Satz 1, § 3 Absatz 3 Satz 2 und Satz 3 des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG) vom 28. Dezember 2003, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Januar 2018 (GV. NRW. S. 90) für die Monate Oktober 2017 bis Dezember 2017 im Durchschnitt mit einem Anteil von 40 Prozent und nach § 6 Absatz 2 der Verordnung zur Regelung des Wohnsitzes für anerkannte Flüchtlinge und Inhaberinnen und Inhaber bestimmter humanitärer Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz (Ausländer-Wohnsitzregelungsverordnung - AWoV) vom 15. November 2016 mit einem Anteil von 60 Prozent zugrunde gelegt. Durch die Ausrichtung des Verteilungsschlüssels auf die real vor Ort aufhältigen Flüchtlinge können die kommunalen Belastungen gemeindescharf berücksichtigt werden. Dabei wird ein Mindestbetrag für jede Gemeinde in Höhe von 50.000 Euro festgesetzt. Die Bescheiderteilung erfolgt wegen der besonderen integrationspolitischen Bedeutung direkt durch das Kompetenzzentrum für Integration bei der Bezirksregierung Arnsberg. Dieses verfügt über fundierte Kenntnisse und Erfahrungen bei Prüfung und Vollzug von Fördermaßnahmen und Mitteltransfer im Integrationsbereich. Das Gesetz sieht als spätesten Zeitpunkt für die Auszahlung den 31. Oktober 2018 vor.

Die Landesregierung setzt sich nachdrücklich für eine Fortführung und ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes im Bereich der Entlastungen für die Länder und Kommunen im Zusammenhang mit den Flüchtlingskosten ab 2019 ein. Zuletzt wurde diese Haltung im Rahmen der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 1. Februar 2018 deutlich gemacht. Je nach Ausgang der Verhandlungen

zwischen Bund und Ländern ist dann beabsichtigt, eine entsprechende finanzielle Partizipation der Kommunen ab 2019 sicherzustellen.

Das Gesetz enthält daneben die Rechtsgrundlage (§ 14b) für die Verteilung der Mittel des Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds infolge der Weiterleitung von Sonderzahlungen für Fälle des Familiennachzugs im Kontext der legalen humanitären Aufnahme von Syrern aus der Türkei an die Kommunen.

Zudem sind weitere erforderliche redaktionelle Anpassungen vorgesehen.

B Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1 (§ 10)

Mit Organisationserlass vom 13. Juli 2017 (GV. NRW. S. 699) hat der Ministerpräsident aus Anlass der Neubildung der Landesregierung Veränderungen innerhalb der Geschäftsbereiche der obersten Landesbehörden vorgenommen. Für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen ist nun das Ministerium für Kultur und Wissenschaft zuständig und nicht mehr das Integrationsressort. § 10 Absatz 3 bis 5 ist daher entsprechend redaktionell anzupassen.

Zu Nummer 2 (§ 11)

Mit den neuen Regelungen zum Personenkreis in § 11 wird kein neuer, zusätzlicher Personenkreis in den Berechtigtenkreis des § 11 eingebracht, für den die Aufnahmekommunen Integrationspauschalen des Landes nach § 14 erhalten, sondern der bereits festgeschriebene Personenkreis wird aufenthaltsrechtlich ausdifferenziert.

Buchstabe a)

Die Nr. 3 des § 11 wird an die Formulierung des § 23 Absatz 2 AufenthG angepasst. Sowohl die Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis erhalten als auch diejenigen mit einem Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis, werden in § 23 Absatz 2 AufenthG erfasst. Dies wird nunmehr durch die Neuformulierung klargestellt.

Buchstabe b)

In § 11 Nr. 4 wird der Personenkreis der Resettlement-Flüchtlinge, der mit dem Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung vom 27. Juli 2015 Aufnahme in § 23 Absatz 4 AufenthG gefunden hat, entsprechend ausgewiesen.

Buchstabe c)

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung zu § 11 Nr. 4 neu.

Zu Nummer 3 (§ 13)

Es handelt sich hierbei um redaktionelle Folgeänderungen im Zuge der Ausdifferenzierung des Personenkreises in § 11.

Zu Nummer 4 (§ 14a)

Mit dem neuen § 14 a wird die gesetzliche Grundlage im Teilhabe- und Integrationsgesetz für die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden für Integrationsmaßnahmen in Höhe von 100 Mio. Euro für das Jahr 2018 geschaffen. Hintergrund sind die

Belastungen der Gemeinden im Zusammenhang mit der Integration der Flüchtlinge vor Ort, von denen viele im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015/2016 nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind. Die Maßnahmen sollen sich in erster Linie an Asylbewerber, anerkannte Schutzberechtigte und Geduldete unter Berücksichtigung ihrer Bleibeperspektive richten. Mit dem Wort „insbesondere“ wird jedoch klargestellt, dass die Gemeinden Maßnahmen auch für einen anderen Personenkreis von Menschen mit Migrationshintergrund nach § 4 Absatz 1 Teilhabe- und Integrationsgesetz verwenden können, soweit vor Ort ein entsprechender Handlungsbedarf besteht. Dies kommt auch den Anforderungen in der Praxis entgegen, da besonders bei niedrigschwelligen Integrationsmaßnahmen eine Ausdifferenzierung des berechtigten Personenkreises nach Aufenthaltsstatus nicht sachgerecht vorgenommen werden kann.

Absatz 2 normiert den Verteilungsschlüssel für die Zuweisungen an die Gemeinden für Integrationsmaßnahmen als Festbetragsregelung in Höhe von 100 Mio. Euro. Der Verteilungsschlüssel ist geprägt von dem Ziel, den Bestand der in den 396 Kommunen Nordrhein-Westfalen lebenden Flüchtlinge zu berücksichtigen, um der tatsächlichen Belastung und Betroffenheit in den Kommunen des Landes Rechnung zu tragen. Das gewählte Verfahren, den Bestand der vor Ort lebenden Flüchtlinge entsprechend den gesetzlich vorgegebenen Meldungen der Gemeinden personenscharf und möglichst aktuell zu erfassen, trägt dieser Zielsetzung am besten Rechnung.

Absatz 2 Satz 1 bestimmt den Verteilungsschlüssel entsprechend dem Verhältnis der vor Ort lebenden Flüchtlinge und den damit vor Ort bestehenden Belastungen im Integrationsbereich. Die maßgeblichen örtlichen Flüchtlingszahlen werden aus der Summe der nach § 4 Absatz 3 Satz 1, § 3 Absatz 3 Satz 2 und Satz 3 FlüAG erstellten durchschnittlichen Bestandsstatistik für die Monate Oktober bis Dezember 2017 mit einem Anteil von 40 Prozent und des nach § 6 Absatz 2 AWoV der zum Stichtag 1. Januar 2018 erhobenen Bestandes an Personen mit einem Anteil von 60 Prozent bestimmt. Die personenscharfe Erfassung der Flüchtlinge in den 396 Kommunen des Landes nach dem FlüAG ist seit Jahresbeginn 2017 möglich. Zudem gibt es eine monatsgenaue Bestandsstatistik bei der Bezirksregierung Arnsberg im Hinblick auf die von den Gemeinden gemeldeten Personen. Alle 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen sind verpflichtet, die Zahl der von ihnen aufgenommenen Flüchtlinge im Sinne des FlüAG monatlich zu melden. § 2, § 4 Absatz 1 bzw. § 3 Absatz 7 FlüAG bestimmen den meldefähigen Personenkreis, der im Rahmen der Monatsmeldung erfasst wird. Um monatliche Schwankungen auszugleichen, ordnet Absatz 2 Satz 1 die Nutzung eines Durchschnittswerts für die Meldezahlen der Kommunen im vierten Quartal 2017 an.

Die Bestandszahlen zu den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anerkannten Flüchtlingen richten sich nach § 6 Absatz 2 AWoV und wurden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zum Stichtag 1. Januar 2018 durch die Bezirksregierung Arnsberg erhoben. Mit der Verwendung dieses Stichtagswerts wird die zeitliche Nähe

zu den verwendeten FlüAG- Bestandsstatistikdaten für das vierte Quartal 2017 sichergestellt.

Die um 20 Prozent höhere Gewichtung der im Rahmen der AwoV gemeldeten Bestandszahlen begründet sich aus dem besonderen Integrationsbedarf des in § 2 AwoV definierten Personenkreises, bei dem von einem längeren Verbleib in Nordrhein-Westfalen auszugehen ist. Integrationsmaßnahmen sollen prioritär diesem Personenkreis zugutekommen. Zudem sind in den im Rahmen der AwoV gemeldeten Bestandszahlen auch ein Teil der Flüchtlinge abgebildet, die bereits in der Hochphase der Flüchtlingskrise 2015/2016 nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind und nun in den Gemeinden leben.

Mit dem Mindestbetrag nach Absatz 2 Satz 2 für alle Gemeinden in Höhe von 50 000 Euro wird eine sachgerechte und verwaltungsökonomische Mindestpartizipation an der zu verteilenden Gesamtzuweisung in Höhe von 100 Mio. Euro sichergestellt. Dies betrifft insbesondere auch kleinere Gemeinden mit Landesaufnahmeeinrichtungen, da sie in der Regel keine bis nur vereinzelte Zuweisungen von Flüchtlingen nach dem FlüAG beziehungsweise nach der AwoV erhalten. Da aber auch in den Gemeinden mit Landesaufnahmeeinrichtungen Integrationsbedarfe anfallen, die in erster Linie auf Erstorientierung der Flüchtlinge und Stärkung des sozialen Zusammenlebens vor Ort zielen, ist die Zahlung eines Mindestbetrages in Höhe von 50.000 Euro geboten. Die Höhe des Mindestbetrages basiert auf Erfahrungen mit Landesprogrammen zur Integration.

Absatz 3 bestimmt wegen der besonderen integrationspolitischen Bedeutung des vorliegenden Gesetzes die Zuständigkeit der Bezirksregierung Arnsberg - Kompetenzzentrum für Integration - für die Bescheiderteilung und Auszahlungen der Zuweisungen. Grundlage sind die durch das für Integration zuständige Ministerium ermittelten Beträge für die jeweiligen Gemeinden. Die Zuständigkeit für die Festsetzung und Auszahlung der Zuweisungen für Integrationsmaßnahmen in Höhe von 100 Mio. € im Jahr 2018 auf der Grundlage der einzuführenden Regelung des § 14a wird der Bezirksregierung Arnsberg – Dezernat 36, Kompetenzzentrum für Integration – übertragen. Das Kompetenzzentrum für Integration ist bereits nach diesem Gesetz landesweit für die Verteilung und Zuweisung von besonderen Zuwanderergruppen zuständig und gewährt den Aufnahmekommunen Integrationspauschalen des Landes gemäß § 14. Für eine zentrale Zuständigkeit des Kompetenzzentrums für Integration ist auch die jahrelange Erfahrung in der Auszahlung der Landes - Integrationspauschalen, vormals Erstattungspauschalen nach dem Landesaufnahmegesetz, maßgeblich, sowie die enge Verknüpfung der nunmehr auszahlenden Finanzmittel mit durchzuführenden Integrationsmaßnahmen vor Ort in den Kommunen.

Nach Absatz 4 Satz 1 muss es bei den förderfähigen Maßnahmen zur Integration um kommunal finanzierte Maßnahmen handeln, die sich nach den Zielen und Grundsätzen nach § 1 Nr. 1 bis 6 und Nr. 8 und nach § 2 richten können. Da es sich um eine Kannvorschrift handelt, wird deutlich, dass Abweichungen der Gemeinden möglich

sind. Maßnahmen können damit beispielsweise auf die Unterstützung und Begleitung der geflüchteten Menschen ohne Ansehen der Herkunft, der religiösen Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Identität oder der sozialen Lage ausgerichtet sein. Damit wird Tendenzen von Diskriminierung und Rassismus entgegengewirkt. Die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung auch im Hinblick auf geflüchtete Menschen sowie die Erarbeitung örtlicher Integrationskonzepte vor dem Hintergrund der Zuwanderung von geflüchteten Menschen sind ebenfalls förderfähig. Die angemessene Beherrschung der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Für eine gelingende schulische, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe sind Kenntnisse in der deutschen Sprache unverzichtbare Voraussetzung. Daher können auch hier kommunale Maßnahmen zur Sprachförderung finanziert werden. Förderfähig sind auch kommunale Maßnahmen zur Wertevermittlung im Hinblick auf die Regelungen des Grundgesetzes und zur Erstorientierung vor Ort. Integration lebt zudem vom zivilgesellschaftlichen Engagement unterschiedlicher Akteure wie zum Beispiel der Freien Wohlfahrtspflege, Migrantenorganisationen, Sportvereine, Kultureinrichtungen, Kirchen- und Moscheegemeinden vor Ort. Daher ist auch vorgesehen, dass die Gemeinden Dritte mit der Durchführung von Integrationsmaßnahmen beauftragen können. Die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Integration von geflüchteten Menschen ist der Landesregierung dabei ein wichtiges Anliegen. Zielgruppenspezifische Ansätze, beispielsweise im Bereich der Integration von geflüchteten Frauen und Kindern sind ebenfalls möglich.

Absatz 4 Satz 2 sieht die zwingende Abgrenzung der kommunalen Integrationsmaßnahmen von gesetzlichen Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, dem Achten Buch Sozialgesetzbuch einschließlich der Regelungen nach dem Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) - Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - SGB VIII – vom 30. Oktober 2007, dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und dem Asylbewerberleistungsgesetz vor. Für diese gesetzlichen Leistungen ist eine Abrechnung der Zuweisungen für die Durchführung von Integrationsmaßnahmen – auch für die Vergangenheit ab 2015 – nicht möglich.

Absatz 5 ermöglicht den Gemeinden eine umfassende und wirtschaftlich sinnvolle Nutzung der Mittel, da diese bis zum 31. Oktober 2019 eingesetzt werden können. Sie können dabei Dritte mit der Durchführung der Integrationsmaßnahmen beauftragen. Um eine fiskalische Entlastung der Gemeinden zu erreichen, die bereits Integrationsmaßnahmen durchführen, muss es sich nicht um neue Maßnahmen handeln. Der Durchführungszeitraum wird auf den 1. Januar 2015 bis zum 31. Oktober 2019 begrenzt.

Zu Nummer 5 (§ 14b)

Absatz 1 Satz 1 bis 3 enthalten die Rechtsgrundlage zur Weiterleitung der für 2018 vom Bund avisierten Mittel aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) infolge der Gewährung von Sonderzahlungen für Fälle des Famili-

ennachzugs im Kontext der legalen humanitären Aufnahme von Syrern aus der Türkei an die Kreise und kreisfreien Städte. Die Zahlungen wird das Land über den Bund voraussichtlich im dritten Quartal 2018, ggf. auch erst im vierten Quartal 2018 erhalten. Bei dem Verteilungsschlüssel werden die Meldungen der Ausländerbehörden an die Bezirksregierungen zu den Familiennachzugsfällen für den Zeitraum vom 12. Januar 2017 bis 09. Januar 2018 (Personen, die bis zum 26. September 2017 ein Visum erhalten und bis zum 09. Januar 2018 eingereist sind) berücksichtigt. Da die zugrunde gelegten Meldungen der Familiennachzugsfälle in einem Fachverfahren zwischen den Bezirksregierungen, dem Integrationsministerium, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und der Europäischen Union auf Ebene der Ausländerbehörden erfolgten, war die Betroffenheit der einzelnen Gemeinde nicht maßgeblich. Eine gesetzliche Verteilung kann damit nicht direkt auf Gemeindeebene vorgenommen werden. Daher bestimmt Satz 4 eine Weiterleitung der Mittel durch die Kreise an ihre kreisangehörigen Gemeinden, in die der Familiennachzug erfolgt ist.

Das Kompetenzzentrum für Integration bei der Bezirksregierung Arnsberg ist nach Absatz 2 zuständig für die Bescheiderteilung an die Kreise und kreisfreien Städte auf der Grundlage der durch das für Integration zuständige Ministerium ermittelten Beträge. Vorgesehen ist damit ein vereinfachtes Verfahren, das nur einmalig im Jahr 2018 durchzuführen und mit bereiten Mitteln zu bewerkstelligen ist. Die Struktur und Erfahrungswerte des Kompetenzzentrums für Integration im Auszahlungsbereich sprechen auch bei dieser einmalig auf das Jahr 2018 begrenzten Aufgabe für eine zentrale Aufgabenzuweisung an die Bezirksregierung Arnsberg.

Die Einzelheiten der Berechnung und der Zahlungsabwicklung werden gemäß Absatz 3 im Erlasswege durch das für Integration zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium festgelegt.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Kommune	FlüAG-Bestand 10/2017 - 12/2017					WSA-Bestand 01/2018		FlüAG-WSA-Bestand gesamt mit Mindestbetrag für Kommunen <= 50.000 €							
	Personen Oktober	Personen November	Personen Dezember	Personen Durchschnitt Oktober bis Dezember	Anteil 40 Mio €	Personen	Anteil 60 Mio €	Verteilung FlüAG und WSA zusammen	Anteil in %	Mindestbetrag 50.000 € je Kommune, die nach Bestandszahlen < 50.000 €	dies entspricht ... %	Auffüllbetrag	Prozentualer Anteil der Kommunen an Gesamtverteilung für den Auffüllbetrag in %	Verteilung des Auffüllbetrags auf die Kommunen > 50.000 €	Auszahlungsbeitrag
NRW	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000
Aachen, kreisfreie Stadt	1847	1800	1.717	1.788	809.230	1.896	740.013	1.549.243	1,549	0	0,000	1,549	10,454	1.538.789	
Ahaus, Stadt	159	219	206	195	86.104	245	95.624	183.728	0,184	0	0,000	0,184	1,240	182.488	
Ahlen, Stadt	214	201	196	204	92.177	188	73.377	165.554	0,166	0	0,000	0,166	1,117	164.437	
Aldenhoven	51	54	83	63	28.362	63	24.589	52.951	0,053	0	0,000	0,053	357	52.594	
Alfter	124	121	100	115	52.048	153	59.716	111.764	0,112	0	0,000	0,112	754	111.010	
Alpen	103	104	71	93	41.940	74	28.882	70.822	0,071	0	0,000	0,071	478	70.344	
Alsdorf, Stadt	0	270	259	176	79.807	303	118.262	198.068	0,198	0	0,000	0,198	1,337	196.732	
Altena, Stadt	106	98	95	100	45.108	228	88.989	134.097	0,134	0	0,000	0,134	905	133.192	
Altenbeken	82	83	82	82	37.263	72	28.102	65.365	0,065	0	0,000	0,065	441	64.924	
Altenberge	59	59	57	58	26.401	119	46.446	72.847	0,073	0	0,000	0,073	492	72.355	
Anröchte	65	64	64	64	29.117	176	68.693	97.810	0,098	0	0,000	0,098	660	97.150	
Arnsberg, Stadt	469	454	434	452	204.721	656	256.038	460.760	0,461	0	0,000	0,461	3,109	457.650	
Ascheberg	91	88	90	90	40.582	169	65.961	106.543	0,107	0	0,000	0,107	719	105.824	
Attendorf, Stadt	152	146	133	144	65.022	168	65.571	130.593	0,131	0	0,000	0,131	881	129.712	
Augustdorf	62	54	43	53	23.987	98	38.250	62.237	0,062	0	0,000	0,062	420	61.817	
Bad Berleburg, Stadt	19	21	24	21	9.655	107	41.762	51.418	0,051	0	0,000	0,051	347	51.071	
Bad Driburg, Stadt	43	35	33	37	16.746	100	39.030	55.776	0,056	0	0,000	0,056	376	55.400	
Bad Honnef, Stadt	104	103	100	102	46.315	232	90.550	136.865	0,137	0	0,000	0,137	924	135.942	
Bad Laasphe, Stadt	64	62	60	62	28.061	35	13.661	41.721	0,042	50,000	0,050	8,279	0,000	50,000	
Bad Lippspringe, Stadt	95	90	87	91	41.035	143	55.813	96.848	0,097	0	0,000	0,097	654	96.194	
Bad Münsterfeld, Stadt	192	191	190	191	86.445	138	53.862	140.306	0,140	0	0,000	0,140	947	139.360	
Bad Oeynhausen, Stadt	296	301	285	294	133.061	579	225.985	359.046	0,359	0	0,000	0,359	2,423	356.623	
Bad Salzuflen, Stadt	265	261	231	252	114.203	497	193.980	308.184	0,308	0	0,000	0,308	2,080	306.104	
Bad Sassendorf	79	73	64	72	32.586	110	42.933	75.520	0,076	0	0,000	0,076	510	75.010	
Bad Wünnenberg, Stadt	77	77	82	79	35.604	89	34.737	70.341	0,070	0	0,000	0,070	475	69.866	
Baesweiler, Stadt	137	129	120	129	58.293	221	86.257	144.490	0,144	0	0,000	0,144	975	143.515	
Balve, Stadt	82	86	86	85	38.319	140	54.642	92.962	0,093	0	0,000	0,093	627	92.334	
Barntrup, Stadt	55	51	49	52	23.384	64	24.979	48.363	0,048	50,000	0,050	1,637	0,000	50,000	
Beckum, Stadt	228	222	215	222	100.324	363	141.680	242.004	0,242	0	0,000	0,242	1,633	240.371	
Bedburg, Stadt	288	266	253	269	121.747	180	70.254	192.001	0,192	0	0,000	0,192	1,296	190.705	
Bedburg-Hau	93	92	92	92	41.789	97	37.859	79.648	0,080	0	0,000	0,080	537	79.111	
Beelen	92	0	103	65	29.418	36	14.051	43.469	0,043	50,000	0,050	6,531	0,000	50,000	
Bergheim, Stadt	303	295	283	294	132.910	280	109.285	242.195	0,242	0	0,000	0,242	1,634	240.561	
Bergisch Gladbach, Stadt	505	499	470	491	222.372	1,012	394.986	617.358	0,617	0	0,000	0,617	4,166	613.192	
Bergkamen, Stadt	259	245	235	246	111.488	465	181.491	292.978	0,293	0	0,000	0,293	1,977	291.001	
Bergneustadt, Stadt	114	107	106	109	49.332	168	65.571	114.903	0,115	0	0,000	0,115	775	114.128	
Bestwig	84	77	72	78	35.151	98	38.250	73.401	0,073	0	0,000	0,073	495	72.905	
Beverungen, Stadt	91	90	68	83	37.565	127	49.568	87.133	0,087	0	0,000	0,087	588	86.545	
Bielefeld, kreisfreie Stadt	1474	1381	1.320	1.392	629.854	4,028	1.572.138	2.201.991	2,202	0	0,000	2,202	14,859	2.187.132	
Billerbeck, Stadt	64	63	57	61	27.759	183	71.425	99.184	0,099	0	0,000	0,099	669	98.515	
Blankenheim	57	57	55	56	25.496	90	35.127	60.623	0,061	0	0,000	0,061	409	60.214	
Blomberg, Stadt	115	107	80	101	45.561	126	49.178	94.739	0,095	0	0,000	0,095	639	94.099	
Bocholt, Stadt	159	151	141	150	68.039	321	125.287	193.326	0,193	0	0,000	0,193	1,305	192.022	
Bochum, kreisfreie Stadt	986	0	1.358	781	353.623	4,051	1.581.115	1.934.738	1,935	0	0,000	1,935	13,056	1.921.682	
Bönen	107	112	104	108	48.729	103	40.201	88.930	0,089	0	0,000	0,089	600	88.330	
Bonn, kreisfreie Stadt	1585	1489	1.492	1.522	688.841	2,991	1.167.394	1.856.235	1,856	0	0,000	1,856	12,526	1.843.709	
Borchen	90	86	87	88	39.677	116	45.275	84.952	0,085	0	0,000	0,085	573	84.379	
Borgentreich, Stadt	3	2	2	2	1.056	1	390	1.446	0,001	50,000	0,050	48,554	0,000	50,000	
Borgholzhausen, Stadt	34	39	49	41	18.405	92	35.908	54.313	0,054	0	0,000	0,054	367	53.947	
Borken, Stadt	190	220	239	216	97.910	390	152.218	250.128	0,250	0	0,000	0,250	1,688	248.440	
Bornheim, Stadt	241	224	220	228	103.341	445	173.685	277.026	0,277	0	0,000	0,277	1,869	275.156	
Bottrop, kreisfreie Stadt	433	436	393	421	190.389	416	162.366	352.755	0,353	0	0,000	0,353	2,380	350.375	
Brakel, Stadt	154	115	114	128	57.781	131	51.130	108.910	0,109	0	0,000	0,109	735	108.175	
Breckerfeld, Stadt	63	66	60	63	28.513	83	32.395	60.908	0,061	0	0,000	0,061	411	60.497	

Kommune	FlüAG-Bestand 10/2017 - 12/2017					WSA-Bestand 01/2018		FlüAG-/WSA-Bestand gesamt mit Mindestbetrag für Kommunen <= 50.000 €							
	Personen Oktober	Personen November	Personen Dezember	Personen Durchschnitt Oktober bis Dezember	Anteil 40 Mio €	Personen	Anteil 60 Mio €	Verteilung FlüAG und WSA zusammen	Anteil in %	Mindestbetrag 50.000 € je Kommune, die nach Bestandszahlen < 50.000 €	dies entspricht ... %	Auffüllbetrag	Prozentualer Anteil der Kommunen an Gesamtverteilung für den Auffüllbetrag in %	Verteilung des Auffüllbetrags auf die Kommunen > 50.000 €	Auszahlungsbeitrag
NRW	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000
Brilon, Stadt	194	196	194	195	88.104	259	101.088	189.192	0,189	0	0,000		0,189	1.277	187.916
Brüggen	83	80	74	79	35.755	134	52.301	88.055	0,088	0	0,000		0,088	594	87.461
Brühl, Stadt	201	213	206	207	93.535	320	124.897	218.432	0,218	0	0,000		0,218	1.474	216.958
Bünde, Stadt	254	244	238	245	111.035	376	146.754	257.789	0,258	0	0,000		0,258	1.740	256.049
Burbach	9	29	51	30	13.427	18	7.025	20.452	0,020	50.000	0,050	29.548	0,000	0	50.000
Büren, Stadt	138	132	125	132	59.591	142	55.423	115.014	0,115	0	0,000		0,115	776	114.238
Burscheid, Stadt	93	91	86	90	40.733	115	44.885	85.618	0,086	0	0,000		0,086	578	85.040
Castrop-Rauxel, Stadt	293	276	272	280	126.876	810	316.145	443.021	0,443	0	0,000		0,443	2.989	440.031
Coesfeld, Stadt	398	201	200	266	120.540	519	202.567	323.107	0,323	0	0,000		0,323	2.180	320.926
Dahlem	41	40	38	40	17.953	33	12.880	30.833	0,031	50.000	0,050	19.167	0,000	0	50.000
Datteln, Stadt	212	204	194	203	92.027	384	149.876	241.903	0,242	0	0,000		0,242	1.632	240.270
Delbrück, Stadt	193	182	171	182	82.371	230	89.770	172.141	0,172	0	0,000		0,172	1.162	170.979
Detmold, Stadt	409	381	357	382	173.040	557	217.398	390.438	0,390	0	0,000		0,390	2.635	387.804
Dinslaken, Stadt	371	339	342	351	158.708	262	102.259	260.967	0,261	0	0,000		0,261	1.761	259.206
Dörentrup	54	39	37	43	19.612	56	21.857	41.469	0,041	50.000	0,050	8.531	0,000	0	50.000
Dormagen, Stadt	388	370	359	372	168.514	614	239.646	408.160	0,408	0	0,000		0,408	2.754	405.405
Dorsten, Stadt	370	343	334	349	157.954	525	204.909	362.862	0,363	0	0,000		0,363	2.449	360.414
Dortmund, kreisfreie Stadt	2264	2084	2.040	2.129	963.714	7.933	3.096.268	4.059.982	4,060	0	0,000		4,060	27.397	4.032.585
Drensteinfurt, Stadt	97	93	91	94	42.393	171	66.742	109.134	0,109	0	0,000		0,109	736	108.398
Drolshagen, Stadt	83	77	76	79	35.604	84	32.785	68.389	0,068	0	0,000		0,068	461	67.928
Duisburg, kreisfreie Stadt	2851	2539	2.514	2.635	1.192.422	4.202	1.640.050	2.832.472	2,832	0	0,000		2,832	19.113	2.813.359
Dülmen, Stadt	272	257	246	258	116.919	577	225.204	342.123	0,342	0	0,000		0,342	2.309	339.815
Düren, Stadt	337	329	327	331	149.807	399	155.731	305.538	0,306	0	0,000		0,306	2.062	303.476
Düsseldorf, kreisfreie Stadt	3003	2773	2.600	2.792	1.263.630	5.316	2.074.847	3.338.477	3,338	0	0,000		3,338	22.528	3.315.949
Eitorf	86	84	91	87	39.375	206	80.402	119.778	0,120	0	0,000		0,120	808	118.969
Elsdorf, Stadt	86	133	136	118	53.556	184	71.816	125.372	0,125	0	0,000		0,125	846	124.526
Emmerich am Rhein, Stadt	206	197	184	196	88.557	213	83.134	171.691	0,172	0	0,000		0,172	1.159	170.532
Emsdetten, Stadt	171	164	0	112	50.539	322	125.677	176.216	0,176	0	0,000		0,176	1.189	175.027
Engelskirchen	163	156	151	157	70.906	152	59.326	130.232	0,130	0	0,000		0,130	879	129.353
Enger, Stadt	78	76	70	75	33.793	166	64.790	98.584	0,099	0	0,000		0,099	665	97.918
Ennepetal, Stadt	168	157	147	157	71.207	170	66.351	137.559	0,138	0	0,000		0,138	928	136.631
Ennigerloh, Stadt	139	135	121	132	59.591	246	96.014	155.605	0,156	0	0,000		0,156	1.050	154.555
Ense	90	89	84	88	39.677	98	38.250	77.927	0,078	0	0,000		0,078	526	77.401
Erfstadt, Stadt	256	228	255	246	111.488	353	137.777	249.265	0,249	0	0,000		0,249	1.682	247.583
Erkelenz, Stadt	252	249	246	249	112.695	331	129.190	241.885	0,242	0	0,000		0,242	1.632	240.253
Erkrath, Stadt	251	242	235	243	109.828	324	126.458	236.286	0,236	0	0,000		0,236	1.594	234.692
Erndtebrück	48	33	28	36	16.444	74	28.882	45.326	0,045	50.000	0,050	4.674	0,000	0	50.000
Erwitte, Stadt	101	99	99	100	45.108	149	58.155	103.263	0,103	0	0,000		0,103	697	102.566
Eschweiler, Stadt	334	312	301	316	142.867	433	169.001	311.868	0,312	0	0,000		0,312	2.104	309.764
Eslohe (Sauerland)	53	50	49	51	22.931	83	32.395	55.326	0,055	0	0,000		0,055	373	54.953
Espelkamp, Stadt	198	194	186	193	87.199	188	73.377	160.576	0,161	0	0,000		0,161	1.084	159.492
Essen, kreisfreie Stadt	2778	2671	2.500	2.650	1.199.211	7.045	2.749.680	3.948.891	3,949	0	0,000		3,949	26.647	3.922.244
Euskirchen, Stadt	154	145	144	148	56.832	249	97.185	164.018	0,164	0	0,000		0,164	1.107	162.911
Everswinkel	69	63	61	64	29.117	174	67.913	97.029	0,097	0	0,000		0,097	655	96.374
Extetal	79	70	70	73	33.039	65	25.370	58.409	0,058	0	0,000		0,058	394	58.015
Finnentrop	105	101	92	99	44.957	180	70.254	115.212	0,115	0	0,000		0,115	777	114.434
Frechen, Stadt	252	239	238	243	109.979	361	140.899	250.878	0,251	0	0,000		0,251	1.693	249.185
Freudenberg, Stadt	129	124	125	126	57.026	151	58.936	115.962	0,116	0	0,000		0,116	783	115.179
Fröndenberg/Ruhr, Stadt	96	92	92	93	42.242	201	78.451	120.692	0,121	0	0,000		0,121	814	119.878
Gangelt	94	83	78	85	38.470	120	46.836	85.306	0,085	0	0,000		0,085	576	84.731
Geilenkirchen, Stadt	166	160	157	161	72.867	160	62.448	135.315	0,135	0	0,000		0,135	913	134.402
Geldern, Stadt	210	184	174	189	85.690	194	75.719	161.409	0,161	0	0,000		0,161	1.089	160.320
Gelsenkirchen, krfr. Stadt	1030	968	972	990	448.063	2.811	1.097.140	1.545.203	1,545	0	0,000		1,545	10.427	1.534.776
Gescher, Stadt	124	130	122	125	56.725	90	35.127	91.852	0,092	0	0,000		0,092	620	91.232

Kommune	FlüAG-Bestand 10/2017 - 12/2017					WSA-Bestand 01/2018		FlüAG-WSA-Bestand gesamt mit Mindestbetrag für Kommunen <= 50.000 €							
	Personen Oktober	Personen November	Personen Dezember	Personen Durchschnitt Oktober bis Dezember	Anteil 40 Mio €	Personen	Anteil 60 Mio €	Verteilung FlüAG und WSA zusammen	Anteil in %	Mindestbetrag 50.000 € je Kommune, die nach Bestandszahlen < 50.000 €	dies entspricht ... %	Auffüllbetrag	Prozentualer Anteil der Kommunen an Gesamtverteilung für den Auffüllbetrag in %	Verteilung des Auffüllbetrags auf die Kommunen > 50.000 €	Auszahlungsbeitrag
NRW	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000
Geseke, Stadt	147	141	130	139	63.061	234	91.331	154.392	0,154	0	0,000	0,154	1,042	153.350	
Gevelsberg, Stadt	188	191	177	185	83.880	207	80.793	184.672	0,165	0	0,000	0,165	1,111	163.561	
Gladbeck, Stadt	337	287	275	300	135.626	1.107	432.065	567.691	0,568	0	0,000	0,568	3,831	563.860	
Goch, Stadt	195	200	187	194	87.802	239	93.282	181.085	0,181	0	0,000	0,181	1,222	179.863	
Grefrath	172	159	156	162	73.470	110	42.933	116.404	0,116	0	0,000	0,116	785	115.618	
Greven, Stadt	210	203	202	205	92.781	397	154.950	247.731	0,248	0	0,000	0,248	1,672	246.059	
Grevenbroich, Stadt	429	415	388	411	185.863	197	76.890	262.753	0,263	0	0,000	0,263	1,773	260.980	
Gronau (Westf.), Stadt	241	226	216	228	103.040	454	177.197	280.237	0,280	0	0,000	0,280	1,891	278.346	
Gummersbach, Stadt	329	316	317	321	145.130	556	217.008	362.138	0,362	0	0,000	0,362	2,444	359.695	
Gütersloh, Stadt	535	515	484	511	231.424	908	354.394	585.819	0,586	0	0,000	0,586	3,953	581.865	
Haan, Stadt	158	148	141	149	67.436	198	77.280	144.716	0,145	0	0,000	0,145	977	143.739	
Hagen, kreisfreie Stadt	952	969	916	946	427.999	1.895	739.623	1.167.622	1,168	0	0,000	1,168	7,879	1.159.742	
Halle (Westf.), Stadt	124	111	106	114	51.444	196	76.499	127.944	0,128	0	0,000	0,128	863	127.080	
Hallenberg, Stadt	26	25	14	22	9.806	40	15.612	25.418	0,025	50.000	0,050	24.582	0,000	50.000	
Haltern am See, Stadt	220	212	200	211	95.345	370	144.412	239.757	0,240	0	0,000	0,240	1,618	238.139	
Halver, Stadt	106	104	91	100	45.410	117	45.665	91.075	0,091	0	0,000	0,091	615	90.461	
Hamm, kreisfreie Stadt	520	497	482	500	226.144	1.248	487.097	713.241	0,713	0	0,000	0,713	4,813	708.428	
Hammerkeln, Stadt	183	174	167	175	79.052	249	97.185	176.238	0,176	0	0,000	0,176	1,189	175.048	
Harsewinkel, Stadt	125	171	159	152	68.643	304	118.652	187.295	0,187	0	0,000	0,187	1,264	186.031	
Hattingen, Stadt	207	201	203	204	92.177	293	114.359	206.536	0,207	0	0,000	0,207	1,394	205.142	
Havixbeck	65	64	63	64	28.966	164	64.010	92.975	0,093	0	0,000	0,093	627	92.348	
Heek	36	53	48	46	20.668	68	26.541	47.209	0,047	50.000	0,050	2.791	0,000	50.000	
Heiden	54	52	46	51	22.931	88	34.347	57.278	0,057	0	0,000	0,057	387	56.891	
Heiligenhaus, Stadt	240	240	238	239	108.320	74	28.882	137.202	0,137	0	0,000	0,137	926	136.276	
Heimbach, Stadt	83	71	20	58	26.250	18	7.025	33.276	0,033	50.000	0,050	16.724	0,000	50.000	
Heinsberg (Rhld.), Stadt	241	0	223	155	70.000	374	145.973	215.974	0,216	0	0,000	0,216	1,457	214.516	
Hellenthal	57	56	53	55	25.043	49	19.125	44.168	0,044	50.000	0,050	5.832	0,000	50.000	
Hemer, Stadt	34	60	91	62	27.910	20	7.806	35.716	0,036	50.000	0,050	14.284	0,000	50.000	
Hennef (Sieg), Stadt	268	272	245	262	118.428	358	139.728	258.156	0,258	0	0,000	0,258	1,742	256.414	
Herdecke, Stadt	117	118	114	116	52.651	177	69.084	121.735	0,122	0	0,000	0,122	821	120.913	
Herford, Stadt	150	146	143	146	66.229	358	139.728	205.957	0,206	0	0,000	0,206	1,390	204.567	
Herne, kreisfreie Stadt	733	694	679	702	317.718	1.696	661.953	979.670	0,980	0	0,000	0,980	6,611	973.060	
Herscheid	46	45	46	46	20.668	60	23.418	44.086	0,044	50.000	0,050	5.914	0,000	50.000	
Herten, Stadt	295	284	294	291	131.704	625	243.939	375.642	0,376	0	0,000	0,376	2,535	373.108	
Herzebrock-Clarholz	97	101	93	97	43.901	194	75.719	119.620	0,120	0	0,000	0,120	807	118.813	
Herzogenrath, Stadt	252	255	242	250	112.996	353	137.777	250.773	0,251	0	0,000	0,251	1,692	249.081	
Hiddenhausen	120	114	116	117	52.802	75	29.273	82.075	0,082	0	0,000	0,082	554	81.521	
Hilchenbach, Stadt	107	98	97	101	45.561	137	53.471	99.032	0,099	0	0,000	0,099	668	98.364	
Hilden, Stadt	242	232	224	233	105.302	316	123.336	228.638	0,229	0	0,000	0,229	1,543	227.095	
Hille	122	118	92	111	50.087	131	51.130	101.216	0,101	0	0,000	0,101	683	100.533	
Holzwickede	96	94	0	63	28.664	153	59.716	88.380	0,088	0	0,000	0,088	596	87.784	
Hopsten	43	40	38	40	18.254	62	24.199	42.453	0,042	50.000	0,050	7.547	0,000	50.000	
Horn-Bad Meinberg, Stadt	137	139	136	137	62.156	115	44.885	107.040	0,107	0	0,000	0,107	722	106.318	
Hörstel, Stadt	137	136	136	136	61.703	139	54.252	115.955	0,116	0	0,000	0,116	782	115.173	
Horstmar, Stadt	41	38	36	38	17.349	62	24.199	41.548	0,042	50.000	0,050	8.452	0,000	50.000	
Hövelhof	61	96	89	82	37.112	30	11.709	48.821	0,049	50.000	0,050	1.179	0,000	50.000	
Höxter, Stadt	234	220	219	224	101.531	212	82.744	184.275	0,184	0	0,000	0,184	1,243	183.031	
Hückelhoven, Stadt	248	248	235	244	110.281	390	152.218	262.499	0,262	0	0,000	0,262	1,771	260.728	
Hückeswagen, Stadt	95	91	79	88	39.979	151	58.936	98.914	0,099	0	0,000	0,099	667	98.247	
Hüllhorst	63	62	62	62	28.211	94	36.688	64.900	0,065	0	0,000	0,065	438	64.462	
Hünxe	107	85	76	89	40.431	76	29.663	70.094	0,070	0	0,000	0,070	473	69.621	
Hürtgenwald	50	55	53	53	23.836	32	12.490	36.326	0,036	50.000	0,050	13.674	0,000	50.000	
Hürth, Stadt	271	249	241	254	114.807	398	155.340	270.147	0,270	0	0,000	0,270	1,823	268.324	
Ibbenbüren, Stadt	262	264	251	259	117.221	273	106.553	223.773	0,224	0	0,000	0,224	1,510	222.263	

Kommune	FlüAG-Bestand 10/2017 - 12/2017					WSA-Bestand 01/2018		FlüAG-/WSA-Bestand gesamt mit Mindestbetrag für Kommunen <= 50.000 €							
	Personen Oktober	Personen November	Personen Dezember	Personen Durchschnitt Oktober bis Dezember	Anteil 40 Mio €	Personen	Anteil 60 Mio €	Verteilung FlüAG und WSA zusammen	Anteil in %	Mindestbetrag 50.000 € je Kommune, die nach Bestandszahlen < 50.000 €	dies entspricht ... %	Auffüllbetrag	Prozentualer Anteil der Kommunen an Gesamtverteilung für den Auffüllbetrag in %	Verteilung des Auffüllbetrags auf die Kommunen > 50.000 €	Auszahlungsbeitrag
NRW	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000
Inden	63	61	58	61	27.457	46	17.954	45.411	0,045	50.000	0,050	4.589	0,000	0	50.000
Iserlohn, Stadt	507	543	509	520	235.196	997	389.131	624.327	0,624	0	0,000		0,624	4.213	620.114
Isselburg, Stadt	50	65	63	59	26.854	30	11.709	38.563	0,039	50.000	0,050	11.437	0,000	0	50.000
Issum	81	77	68	75	34.095	109	42.543	76.638	0,077	0	0,000		0,077	517	76.121
Jüchen	128	122	121	124	55.970	135	52.691	108.661	0,109	0	0,000		0,109	733	107.928
Jülich, Stadt	147	127	128	134	60.647	161	62.839	123.486	0,123	0	0,000		0,123	833	122.652
Kaarst, Stadt	256	251	261	256	115.863	191	74.548	190.411	0,190	0	0,000		0,190	1.285	189.126
Kalkar, Stadt	91	98	100	96	43.599	124	48.397	91.997	0,092	0	0,000		0,092	621	91.376
Kall	79	69	76	75	33.793	99	38.640	72.433	0,072	0	0,000		0,072	489	71.944
Kalletal	92	78	71	80	36.958	125	48.788	85.146	0,085	0	0,000		0,085	575	84.571
Kamen, Stadt	271	262	248	260	117.824	481	187.735	305.560	0,306	0	0,000		0,306	2.062	303.498
Kamp-Lintfort, Stadt	223	205	201	210	94.893	234	91.331	186.224	0,186	0	0,000		0,186	1.257	184.967
Kempen, Stadt	195	184	183	187	84.785	196	76.499	161.284	0,161	0	0,000		0,161	1.088	160.196
Kerken	66	68	67	67	30.323	43	16.783	47.106	0,047	50.000	0,050	2.894	0,000	0	50.000
Kerpen, Stadt	202	189	184	192	86.746	378	147.534	234.281	0,234	0	0,000		0,234	1.581	232.700
Kevelaer, Stadt	171	168	161	167	75.432	226	88.208	163.640	0,164	0	0,000		0,164	1.104	162.536
Kierspe, Stadt	85	80	70	78	35.453	163	63.619	99.072	0,099	0	0,000		0,099	669	98.404
Kirchhundern	92	82	77	84	37.867	96	37.469	75.336	0,075	0	0,000		0,075	508	74.827
Kirchlengern	99	85	70	85	38.319	106	41.372	79.691	0,080	0	0,000		0,080	538	79.154
Kleve, Stadt	324	307	288	306	138.643	492	192.029	330.672	0,331	0	0,000		0,331	2.231	328.441
Köln, kreisfreie Stadt	6887	6712	6.372	6.657	3.012.887	8.396	3.276.978	6.289.866	6,290	0	0,000		6,290	42.444	6.247.422
Königswinter, Stadt	239	226	215	227	102.587	335	130.751	233.338	0,233	0	0,000		0,233	1.575	231.764
Korschenbroich, Stadt	150	135	134	140	63.212	95	37.079	100.290	0,100	0	0,000		0,100	677	99.614
Kranenburg	76	76	73	75	33.944	101	39.421	73.365	0,073	0	0,000		0,073	495	72.870
Krefeld, kreisfreie Stadt	1119	1049	1.024	1.064	481.555	2.224	868.032	1.349.587	1,350	0	0,000		1,350	9.107	1.340.480
Kreuzau	61	69	61	64	28.815	59	23.028	51.843	0,052	0	0,000		0,052	350	51.493
Kreuztal, Stadt	163	165	152	160	72.414	347	135.435	207.849	0,208	0	0,000		0,208	1.403	206.447
Kürten	144	133	123	133	60.345	181	70.645	130.990	0,131	0	0,000		0,131	884	130.106
Ladbergen	49	49	48	49	22.026	46	17.954	39.980	0,040	50.000	0,050	10.020	0,000	0	50.000
Laer	50	46	41	46	20.668	38	14.831	35.500	0,035	50.000	0,050	14.500	0,000	0	50.000
Lage, Stadt	187	170	154	170	77.091	235	91.721	168.812	0,169	0	0,000		0,169	1.139	167.673
Langenberg	53	44	35	44	19.914	80	31.224	51.138	0,051	0	0,000		0,051	345	50.793
Langenfeld (Rhld.), Stadt	253	230	215	233	105.302	279	108.894	214.197	0,214	0	0,000		0,214	1.445	212.751
Langerwehe	71	71	75	72	32.737	53	20.686	53.423	0,053	0	0,000		0,053	360	53.063
Legden	26	47	45	39	17.802	68	26.541	44.342	0,044	50.000	0,050	5.658	0,000	0	50.000
Leichlingen (Rhld.), Stadt	0	154	155	103	46.617	146	56.984	103.601	0,104	0	0,000		0,104	699	102.902
Lemgo, Stadt	246	239	235	240	108.621	265	103.430	212.052	0,212	0	0,000		0,212	1.431	210.621
Lengerich, Stadt	108	121	113	114	51.595	103	40.201	91.796	0,092	0	0,000		0,092	619	91.177
Lennestadt, Stadt	181	170	168	173	78.298	247	96.405	174.703	0,175	0	0,000		0,175	1.179	173.524
Leopoldshöhe	104	100	100	101	45.862	124	48.397	94.260	0,094	0	0,000		0,094	636	93.624
Leverkusen, kreisfreie Stadt	701	730	691	707	320.132	986	384.838	704.970	0,705	0	0,000		0,705	4.757	700.212
Lichtenau, Stadt	81	79	77	79	35.755	58	22.638	58.392	0,058	0	0,000		0,058	394	57.998
Lienen	51	48	51	50	22.629	76	29.663	52.292	0,052	0	0,000		0,052	353	51.940
Lindlar	156	155	148	153	69.246	154	60.107	129.353	0,129	0	0,000		0,129	873	128.480
Linnich, Stadt	101	96	96	98	44.203	34	13.270	57.473	0,057	0	0,000		0,057	388	57.085
Lippetal	77	85	77	80	36.056	114	44.494	80.551	0,081	0	0,000		0,081	544	80.007
Lippstadt, Stadt	399	403	379	394	178.189	578	225.595	403.784	0,404	0	0,000		0,404	2.725	401.039
Lohmar, Stadt	111	109	111	110	49.936	241	94.063	143.999	0,144	0	0,000		0,144	972	143.027
Löhne, Stadt	264	248	242	251	113.751	342	133.483	247.234	0,247	0	0,000		0,247	1.668	245.566
Lotte	101	102	97	100	45.259	126	49.178	94.437	0,094	0	0,000		0,094	637	93.800
Lübbecke, Stadt	150	142	136	143	64.569	239	93.282	157.852	0,158	0	0,000		0,158	1.065	156.786
Lüdenscheid, Stadt	331	307	288	309	139.699	674	263.084	402.763	0,403	0	0,000		0,403	2.718	400.045
Lüdinghausen, Stadt	202	181	168	184	83.126	319	124.506	207.632	0,208	0	0,000		0,208	1.401	206.231
Lügde, Stadt	54	55	60	56	25.496	96	37.469	62.965	0,063	0	0,000		0,063	425	62.540

Kommune	FlüAG-Bestand 10/2017 - 12/2017					WSA-Bestand 01/2018		FlüAG-/WSA-Bestand gesamt mit Mindestbetrag für Kommunen <= 50.000 €							
	Personen Oktober	Personen November	Personen Dezember	Personen Durchschnitt Oktober bis Dezember	Anteil 40 Mio €	Personen	Anteil 60 Mio €	Verteilung FlüAG und WSA zusammen	Anteil in %	Mindestbetrag 50.000 € je Kommune, die nach Bestandszahlen < 50.000 €	dies entspricht ... %	Auffüllbetrag	Prozentualer Anteil der Kommunen an Gesamtverteilung für den Auffüllbetrag in %	Verteilung des Auffüllbetrags auf die Kommunen > 50.000 €	Auszahlungsbeitrag
NRW	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000
Lünen, Stadt	486	430	428	448	202.760	1.123	438.309	641.070	0,641	0	0,000		0,641	4.326	636.744
Marienheide	108	109	101	106	47.974	92	35.908	83.882	0,084	0	0,000		0,084	566	83.316
Marienmünster, Stadt	28	37	25	30	13.578	34	13.270	26.848	0,027	50.000	0,050	23.152	0,000	0	50.000
Mari, Stadt	352	328	322	334	151.165	600	234.181	385.346	0,385	0	0,000		0,385	2.600	382.746
Marsberg, Stadt	155	150	149	151	68.492	153	59.716	128.208	0,128	0	0,000		0,128	865	127.343
Mechernich, Stadt	133	127	126	129	58.233	228	88.989	147.222	0,147	0	0,000		0,147	993	146.229
Meckenheim, Stadt	128	121	112	120	54.462	249	97.185	151.647	0,152	0	0,000		0,152	1.023	150.624
Medebach, Stadt	37	36	39	37	16.897	72	28.102	44.998	0,045	50.000	0,050	5.002	0,000	0	50.000
Meerbusch, Stadt	269	261	251	260	117.824	106	41.372	159.196	0,159	0	0,000		0,159	1.074	158.122
Meinerzhagen, Stadt	136	147	145	143	64.569	188	73.377	137.946	0,138	0	0,000		0,138	931	137.015
Menden (Sauerland), Stadt	268	267	244	260	117.522	578	225.595	343.117	0,343	0	0,000		0,343	2.315	340.802
Merzenich	64	60	55	60	27.004	22	8.587	35.591	0,036	50.000	0,050	14.409	0,000	0	50.000
Meschede, Stadt	84	86	82	84	38.018	254	99.137	137.154	0,137	0	0,000		0,137	926	136.229
Metelen	36	36	36	36	16.293	69	26.931	43.224	0,043	50.000	0,050	6.776	0,000	0	50.000
Mettingen	139	138	138	138	62.608	103	40.201	102.809	0,103	0	0,000		0,103	694	102.116
Mettmann, Stadt	280	198	272	250	113.147	175	68.303	181.450	0,181	0	0,000		0,181	1.224	180.226
Minden, Stadt	420	403	0	274	124.160	1.217	474.998	599.158	0,599	0	0,000		0,599	4.043	595.115
Moers, Stadt	583	554	546	561	253.903	1.002	391.083	644.986	0,645	0	0,000		0,645	4.352	640.633
Möhnesee	10	9	8	9	4.073	11	4.293	8.367	0,008	50.000	0,050	41.633	0,000	0	50.000
Mönchengladbach, krfr. Stadt	886	869	743	833	376.856	1.909	745.087	1.121.943	1,122	0	0,000		1,122	7.571	1.114.372
Monheim am Rhein, Stadt	193	182	173	183	82.673	227	88.599	171.272	0,171	0	0,000		0,171	1.156	170.116
Monschau, Stadt	53	48	51	51	22.931	80	31.224	54.155	0,054	0	0,000		0,054	365	53.790
Morsbach	60	70	63	64	29.117	95	37.079	66.195	0,066	0	0,000		0,066	447	65.749
Much	93	83	82	86	38.923	133	51.910	90.833	0,091	0	0,000		0,091	613	90.220
Mülheim a.d. Ruhr, krfr. Stadt	812	766	727	768	347.740	1.276	498.026	845.765	0,846	0	0,000		0,846	5.707	840.058
Münster, krfr. Stadt	942	938	884	921	416.986	2.679	1.045.620	1.462.606	1,463	0	0,000		1,463	9.870	1.452.736
Nachrod-Wiblingwerde	14	14	14	14	6.336	59	23.028	29.364	0,029	50.000	0,050	20.636	0,000	0	50.000
Netphen, Stadt	175	278	273	242	109.527	196	76.499	186.026	0,186	0	0,000		0,186	1.255	184.771
Nettersheim	45	41	40	42	19.009	64	24.979	43.988	0,044	50.000	0,050	6.012	0,000	0	50.000
Nettetal, Stadt	287	266	254	269	121.747	296	115.529	237.276	0,237	0	0,000		0,237	1.601	235.675
Neuenkirchen	86	85	78	83	37.565	104	40.591	78.156	0,078	0	0,000		0,078	527	77.629
Neuenrade, Stadt	61	59	57	59	26.703	154	60.107	86.809	0,087	0	0,000		0,087	586	86.224
Neukirchen-Vluyn, Stadt	141	133	115	130	58.686	177	69.084	127.769	0,128	0	0,000		0,128	862	126.907
Neunkirchen	75	54	53	61	27.457	79	30.834	58.291	0,058	0	0,000		0,058	393	57.898
Neunkirchen-Seelscheid	120	116	113	116	52.651	185	72.206	124.857	0,125	0	0,000		0,125	843	124.015
Neuss, Stadt	331	334	324	330	149.204	637	248.623	397.826	0,398	0	0,000		0,398	2.685	395.142
Nideggen, Stadt	71	79	80	77	34.699	43	16.783	51.482	0,051	0	0,000		0,051	347	51.134
Niederkassel, Stadt	262	263	250	258	116.919	275	107.333	224.252	0,224	0	0,000		0,224	1.513	222.739
Niederkrüchten	26	32	25	28	12.522	25	9.758	22.279	0,022	50.000	0,050	27.721	0,000	0	50.000
Niederzier	53	54	48	52	23.384	70	27.321	50.705	0,051	0	0,000		0,051	342	50.363
Nieheim, Stadt	33	32	30	32	14.332	64	24.979	39.311	0,039	50.000	0,050	10.689	0,000	0	50.000
Nordkirchen	70	70	58	66	29.871	68	26.541	56.411	0,056	0	0,000		0,056	381	56.031
Nordwalde	49	47	41	46	20.668	152	59.326	79.994	0,080	0	0,000		0,080	540	79.454
Nörvenich	144	137	118	133	60.194	47	18.344	78.539	0,079	0	0,000		0,079	530	78.009
Nottuln	129	116	111	119	53.707	180	70.254	123.962	0,124	0	0,000		0,124	836	123.125
Nümbrecht	100	93	92	95	42.996	67	26.150	69.146	0,069	0	0,000		0,069	467	68.680
Oberhausen, kreisfreie Stadt	1301	1267	1.259	1.276	577.353	1.844	719.717	1.297.071	1,297	0	0,000		1,297	8.753	1.286.318
Ochtrup, Stadt	159	154	151	155	70.000	175	68.303	138.303	0,138	0	0,000		0,138	933	137.370
Odenthal	73	74	73	73	33.190	104	40.591	73.781	0,074	0	0,000		0,074	498	73.283
Oelde, Stadt	160	160	165	162	73.169	185	72.206	145.375	0,145	0	0,000		0,145	981	144.394
Oer-Erkenschwick, Stadt	176	173	165	171	77.544	225	87.818	165.362	0,165	0	0,000		0,165	1.116	164.246
Oerlinghausen, Stadt	4	4	7	5	2.263	76	29.663	31.926	0,032	50.000	0,050	18.074	0,000	0	50.000
Olfen, Stadt	67	61	60	63	28.362	103	40.201	68.563	0,069	0	0,000		0,069	463	68.101
Olpe, Stadt	88	73	70	77	34.849	98	38.250	73.099	0,073	0	0,000		0,073	493	72.606

Kommune	FIÜAG-Bestand 10/2017 - 12/2017					WSA-Bestand 01/2018		FIÜAG-WSA-Bestand gesamt mit Mindestbetrag für Kommunen <= 50.000 €							
	Personen Oktober	Personen November	Personen Dezember	Personen Durchschnitt Oktober bis Dezember	Anteil 40 Mio €	Personen	Anteil 60 Mio €	Verteilung FIÜAG und WSA zusammen	Anteil in %	Mindestbetrag 50.000 € je Kommune, die nach Bestandszahlen < 50.000 €	dies entspricht ... %	Auffüllbetrag	Prozentualer Anteil der Kommunen an Gesamtverteilung für den Auffüllbetrag in %	Verteilung des Auffüllbetrags auf die Kommunen > 50.000 €	Auszahlungsbeitrag
NRW	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000
Olzberg, Stadt	116	118	117	117	52.953	140	54.642	107.595	0,108	0	0,000		0,108	726	106.869
Ostbevern	71	74	68	71	32.134	162	63.229	95.363	0,095	0	0,000		0,095	644	94.719
Overath, Stadt	144	143	133	140	63.363	243	94.843	158.206	0,158	0	0,000		0,158	1.068	157.138
Paderborn, Stadt	857	825	782	821	371.727	1.554	606.530	978.256	0,978	0	0,000		0,978	6.601	971.655
Petershagen, Stadt	119	127	139	128	58.082	218	85.086	143.168	0,143	0	0,000		0,143	966	142.202
Plettenberg, Stadt	142	137	129	136	61.552	300	117.091	178.643	0,179	0	0,000		0,179	1.205	177.437
Porta Westfalica, Stadt	203	191	174	189	85.690	303	118.262	203.952	0,204	0	0,000		0,204	1.376	202.576
Preußisch Oldendorf, Stadt	101	92	85	93	41.940	70	27.321	69.261	0,069	0	0,000		0,069	467	68.794
Pulheim, Stadt	401	389	384	391	177.113	333	129.971	307.084	0,307	0	0,000		0,307	2.072	305.012
Radevormwald, Stadt	126	122	120	123	55.518	211	82.354	137.871	0,138	0	0,000		0,138	930	136.941
Raesfeld	55	79	78	71	31.983	63	24.589	56.572	0,057	0	0,000		0,057	382	56.190
Rahden, Stadt	91	87	82	87	39.224	152	59.326	98.550	0,099	0	0,000		0,099	665	97.885
Ratingen, Stadt	719	706	961	795	359.959	392	152.998	512.958	0,513	0	0,000		0,513	3.461	509.496
Recke	99	98	96	98	44.203	100	39.030	83.233	0,083	0	0,000		0,083	562	82.671
Recklinghausen, Stadt	580	545	520	548	248.170	1.047	408.646	656.816	0,657	0	0,000		0,657	4.432	652.384
Rees, Stadt	80	70	67	72	32.737	144	56.204	88.941	0,089	0	0,000		0,089	600	88.341
Reichshof	0	171	138	103	46.617	140	54.642	101.259	0,101	0	0,000		0,101	683	100.576
Reken	46	78	94	73	32.888	34	13.270	46.158	0,046	50.000	0,050	3.842	0,000	0	50.000
Remscheid, kreisfreie Stadt	545	513	457	505	228.558	1.079	421.136	649.694	0,650	0	0,000		0,650	4.384	645.310
Rheda-Wiedenbrück, Stadt	266	252	238	252	114.053	415	161.975	276.028	0,276	0	0,000		0,276	1.863	274.165
Rhede, Stadt	184	181	185	183	82.975	178	69.474	152.449	0,152	0	0,000		0,152	1.029	151.420
Rheinbach, Stadt	146	139	125	137	61.854	264	103.400	164.894	0,165	0	0,000		0,165	1.113	163.781
Rheinberg, Stadt	150	128	129	136	61.401	178	69.474	130.875	0,131	0	0,000		0,131	883	129.992
Rheine, Stadt	195	179	171	182	82.220	382	149.095	231.316	0,231	0	0,000		0,231	1.561	229.755
Rheurdt	33	36	36	35	15.841	70	27.321	43.162	0,043	50.000	0,050	6.838	0,000	0	50.000
Rietberg, Stadt	189	192	182	188	84.936	221	86.257	171.193	0,171	0	0,000		0,171	1.155	170.038
Rödinghausen	22	25	40	29	13.125	135	52.691	66.816	0,066	0	0,000		0,066	444	65.372
Roetgen	59	59	55	58	26.099	49	19.125	45.224	0,045	50.000	0,050	4.776	0,000	0	50.000
Rommerskirchen	31	33	45	36	16.444	126	49.178	65.622	0,066	0	0,000		0,066	443	65.179
Rosendahl	77	74	70	74	33.341	169	65.961	99.302	0,099	0	0,000		0,099	670	98.632
Rösrath, Stadt	243	130	117	163	73.923	215	83.915	157.838	0,158	0	0,000		0,158	1.065	156.773
Ruppichterath	48	47	61	52	23.535	100	39.030	62.565	0,063	0	0,000		0,063	422	62.143
Rüthen, Stadt	3	3	3	3	1.358	33	12.880	14.238	0,014	50.000	0,050	35.762	0,000	0	50.000
Saerbeck	39	42	44	42	18.858	86	33.566	52.424	0,052	0	0,000		0,052	354	52.070
Salzkotten, Stadt	145	138	136	140	63.212	176	68.693	131.905	0,132	0	0,000		0,132	890	131.015
Sankt Augustin, Stadt	303	290	283	292	132.156	439	171.343	303.499	0,303	0	0,000		0,303	2.048	301.451
Sassenberg, Stadt	98	91	87	92	41.638	183	71.425	113.064	0,113	0	0,000		0,113	763	112.301
Schalksmühle	65	57	51	58	26.099	63	24.589	50.688	0,051	0	0,000		0,051	342	50.346
Schermbach	110	107	103	107	48.276	101	39.421	87.697	0,088	0	0,000		0,088	592	87.105
Schieder-Schwalenberg, Stadt	68	67	62	66	29.720	75	29.273	58.993	0,059	0	0,000		0,059	398	58.595
Schlangen	56	50	50	52	23.535	55	21.467	45.001	0,045	50.000	0,050	4.999	0,000	0	50.000
Schleiden, Stadt	26	25	28	26	11.918	15	5.855	17.773	0,018	50.000	0,050	32.227	0,000	0	50.000
Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	114	109	106	110	49.634	45	17.564	67.198	0,067	0	0,000		0,067	453	66.744
Schmallenberg, Stadt	176	154	148	159	72.113	232	90.550	162.663	0,163	0	0,000		0,163	1.098	161.565
Schöppingen	0	0	0	0	0	7	2.732	2.732	0,003	50.000	0,050	47.268	0,000	0	50.000
Schwalmtal	131	124	120	125	56.574	97	37.859	94.433	0,094	0	0,000		0,094	637	93.796
Schwelm, Stadt	156	148	141	148	67.134	221	86.257	153.391	0,153	0	0,000		0,153	1.035	152.356
Schwerte, Stadt	220	242	227	230	103.945	535	208.812	312.756	0,313	0	0,000		0,313	2.110	310.646
Selkant	87	78	76	80	36.358	80	31.224	67.582	0,068	0	0,000		0,068	456	67.126
Selm, Stadt	181	168	157	169	76.337	179	69.864	146.201	0,146	0	0,000		0,146	987	145.214
Senden	122	111	116	116	52.651	283	110.456	163.107	0,163	0	0,000		0,163	1.101	162.006
Sendenhorst, Stadt	81	80	71	77	35.000	187	72.967	107.987	0,108	0	0,000		0,108	729	107.258
Siegburg, Stadt	135	140	146	140	63.513	506	197.493	261.006	0,261	0	0,000		0,261	1.761	259.245
Siegen, Stadt	633	608	604	615	278.342	1.282	500.368	778.710	0,779	0	0,000		0,779	5.255	773.455

Kommune	FlüAG-Bestand 10/2017 - 12/2017					WSA-Bestand 01/2018		FlüAG-WSA-Bestand gesamt mit Mindestbetrag für Kommunen <= 50.000 €							
	Personen Oktober	Personen November	Personen Dezember	Personen Durchschnitt Oktober bis Dezember	Anteil 40 Mio €	Personen	Anteil 60 Mio €	Verteilung FlüAG und WSA zusammen	Anteil in %	Mindestbetrag 50.000 € je Kommune, die nach Bestandszahlen < 50.000 €	dies entspricht ... %	Auffüllbetrag	Prozentualer Anteil der Kommunen an Gesamtverteilung für den Auffüllbetrag in %	Verteilung des Auffüllbetrags auf die Kommunen > 50.000 €	Auszahlungsbe- trag
NRW	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000
Simmerath	108	97	79	95	42.845	48	18.735	61.580	0,062	0	0,000		0,062	416	61.164
Soest, Stadt	118	113	107	113	50.992	207	80.793	131.784	0,132	0	0,000		0,132	889	130.895
Solingen, kreisfreie Stadt	606	573	566	582	263.256	1.192	465.240	728.496	0,728	0	0,000		0,728	4.916	723.581
Sonsbeck	65	59	61	62	27.910	61	23.808	51.718	0,052	0	0,000		0,052	349	51.369
Spenge, Stadt	109	102	96	102	46.315	114	44.494	90.809	0,091	0	0,000		0,091	613	90.197
Sprockhövel, Stadt	154	131	120	135	61.100	173	67.522	128.622	0,129	0	0,000		0,129	868	127.754
Stadtlöh, Stadt	68	103	105	92	41.638	182	71.035	112.673	0,113	0	0,000		0,113	760	111.913
Steinfurt, Stadt	182	176	167	175	79.203	293	114.359	193.562	0,194	0	0,000		0,194	1.306	192.256
Steinhagen	106	98	97	100	45.410	159	62.058	107.468	0,107	0	0,000		0,107	725	106.743
Steinheim, Stadt	74	66	64	68	30.776	146	56.984	87.760	0,088	0	0,000		0,088	592	87.168
Stemwede	93	87	81	87	39.375	96	37.469	76.844	0,077	0	0,000		0,077	519	76.326
Stolberg (Rhld.), Stadt	296	299	301	299	135.173	378	147.534	282.708	0,283	0	0,000		0,283	1.908	280.800
Straelen, Stadt	130	128	124	127	57.630	79	30.834	88.464	0,088	0	0,000		0,088	597	87.867
Südlohn	69	70	70	70	31.530	57	22.247	53.778	0,054	0	0,000		0,054	363	53.415
Sundern (Sauerland), Stadt	147	137	128	137	62.156	275	107.333	169.489	0,169	0	0,000		0,169	1.144	168.345
Swisttal	32	80	63	58	26.401	201	78.451	104.852	0,105	0	0,000		0,105	708	104.144
Tecklenburg, Stadt	66	63	61	63	28.664	53	20.686	49.350	0,049	50,000	0,050	650	0,000	0	50,000
Telgte, Stadt	113	103	103	106	48.125	246	96.014	144.140	0,144	0	0,000		0,144	973	143.167
Titz	57	56	56	56	25.496	51	19.905	45.401	0,045	50,000	0,050	4.599	0,000	0	50,000
Tönisvorst, Stadt	69	76	75	73	33.190	184	71.816	105.006	0,105	0	0,000		0,105	709	104.297
Troisdorf, Stadt	419	385	380	395	178.622	446	174.075	352.697	0,353	0	0,000		0,353	2.380	350.317
Übach-Palenberg, Stadt	140	152	151	148	66.832	199	77.670	144.503	0,145	0	0,000		0,145	975	143.527
Uedem	51	50	44	48	21.875	76	29.663	51.538	0,052	0	0,000		0,052	348	51.190
Unna, Stadt	77	79	68	75	33.793	240	93.673	127.466	0,127	0	0,000		0,127	860	126.606
Velbert, Stadt	389	447	388	408	184.656	405	158.072	342.729	0,343	0	0,000		0,343	2.313	340.416
Velen, Stadt	54	75	88	72	32.737	58	22.638	55.375	0,055	0	0,000		0,055	374	55.001
Verl, Stadt	0	150	130	93	42.242	199	77.670	119.912	0,120	0	0,000		0,120	809	119.103
Versmold, Stadt	148	142	130	140	63.363	222	86.647	150.010	0,150	0	0,000		0,150	1.012	148.997
Vettweiß	56	52	50	53	23.836	63	24.589	48.425	0,048	50,000	0,050	1.575	0,000	0	50,000
Viersen, Stadt	316	308	304	309	140.001	662	258.380	398.381	0,398	0	0,000		0,398	2.688	395.693
Vloho, Stadt	131	120	117	123	55.518	80	31.224	86.742	0,087	0	0,000		0,087	585	86.156
Voerde (Niederrhein), Stadt	229	219	223	224	101.229	201	78.451	179.680	0,180	0	0,000		0,180	1.212	178.467
Vreden, Stadt	123	141	151	138	62.608	187	72.987	135.595	0,136	0	0,000		0,136	915	134.680
Wachtberg	138	131	138	136	61.401	136	53.081	114.482	0,114	0	0,000		0,114	773	113.710
Wachtendonk	129	129	130	129	58.535	38	14.831	73.366	0,073	0	0,000		0,073	495	72.871
Wadersloh	92	88	72	84	38.018	126	49.178	87.196	0,087	0	0,000		0,087	588	86.607
Waldröhl, Stadt	110	91	73	91	41.336	184	71.816	113.152	0,113	0	0,000		0,113	764	112.389
Waldfeucht	55	49	47	50	22.780	89	34.737	57.517	0,058	0	0,000		0,058	388	57.129
Wallrop, Stadt	0	149	143	97	44.052	242	94.453	138.505	0,139	0	0,000		0,139	935	137.571
Warburg, Stadt	166	162	145	158	71.358	221	86.257	157.615	0,158	0	0,000		0,158	1.064	156.551
Warendorf, Stadt	270	273	261	268	121.294	175	68.303	189.597	0,190	0	0,000		0,190	1.279	188.317
Warstein, Stadt	212	203	200	205	92.781	314	122.555	215.336	0,215	0	0,000		0,215	1.453	213.883
Wassenberg, Stadt	118	117	111	115	52.199	129	50.349	102.548	0,103	0	0,000		0,103	692	101.856
Weeze	13	12	10	12	5.260	20	7.806	13.086	0,013	50,000	0,050	36.914	0,000	0	50,000
Wegberg, Stadt	51	48	46	48	21.875	101	39.421	61.296	0,061	0	0,000		0,061	414	60.882
Weilerswist	73	87	81	80	36.358	115	44.885	81.243	0,081	0	0,000		0,081	548	80.695
Welver	82	82	81	82	36.961	106	41.372	78.334	0,078	0	0,000		0,078	529	77.805
Wenden	120	112	115	116	52.350	135	52.691	105.040	0,105	0	0,000		0,105	709	104.332
Werdohl, Stadt	116	112	104	111	50.087	134	52.301	102.387	0,102	0	0,000		0,102	691	101.696
Werl, Stadt	162	151	147	153	69.397	369	144.022	213.419	0,213	0	0,000		0,213	1.440	211.978
Wermelskirchen, Stadt	174	158	139	157	71.057	278	108.504	179.561	0,180	0	0,000		0,180	1.212	178.349
Werne, Stadt	137	109	140	129	58.233	406	158.463	216.696	0,217	0	0,000		0,217	1.462	215.234
Werther (Westf.), Stadt	60	57	45	54	24.440	109	42.543	66.983	0,067	0	0,000		0,067	452	66.531
Wesel, Stadt	371	363	350	361	163.536	625	243.939	407.475	0,407	0	0,000		0,407	2.750	404.725

Kommune	FIÜAG-Bestand 10/2017 - 12/2017					WSA-Bestand 01/2018		FIÜAG-WSA-Bestand gesamt mit Mindestbetrag für Kommunen <= 50.000 €							
	Personen Oktober	Personen November	Personen Dezember	Personen Durchschnitt Oktober bis Dezember	Anteil 40 Mio €	Personen	Anteil 60 Mio €	Verteilung FIÜAG und WSA zusammen	Anteil in %	Mindestbetrag 50.000 € je Kommune, die nach Bestandszahlen < 50.000 €	dies entspricht ... %	Auffüllbetrag	Prozentualer Anteil der Kommunen an Gesamtverteilung für den Auffüllbetrag in %	Verteilung des Auffüllbetrags auf die Kommunen > 50.000 €	Auszahlungsbeitrag
NRW	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000
Wesseling, Stadt	195	189	179	188	84.936	221	86.257	171.193	0,171	0	0,000		0,171	1.155	170.038
Westerkappeln	103	103	96	101	45.561	84	32.785	78.346	0,078	0	0,000		0,078	529	77.817
Wetter (Ruhr), Stadt	118	113	126	119	53.858	272	106.162	160.020	0,160	0	0,000		0,160	1.080	158.941
Wettringen	40	34	34	36	16.293	68	26.541	42.834	0,043	50.000	0,050	7.166	0,000	0	50.000
Wickede (Ruhr)	4	4	3	4	1.659	58	22.638	24.297	0,024	50.000	0,050	25.703	0,000	0	50.000
Wiehl, Stadt	122	151	151	141	63.966	184	71.816	135.782	0,136	0	0,000		0,136	916	134.865
Willebadessen, Stadt	68	55	51	58	26.250	70	27.321	53.571	0,054	0	0,000		0,054	361	53.210
Willich, Stadt	122	117	115	118	53.406	208	81.183	134.588	0,135	0	0,000		0,135	908	133.680
Wilnsdorf	168	155	140	154	69.650	158	61.668	131.517	0,132	0	0,000		0,132	887	130.630
Windeck	112	98	95	102	46.013	185	72.206	118.219	0,118	0	0,000		0,118	798	117.421
Winterberg, Stadt	87	83	77	82	37.263	111	43.324	80.587	0,081	0	0,000		0,081	544	80.043
Wipperfürth, Stadt	161	164	155	160	72.414	190	74.157	146.572	0,147	0	0,000		0,147	989	145.583
Witten, Stadt	461	329	317	369	167.005	721	281.408	448.413	0,448	0	0,000		0,448	3.026	445.388
Wülfrath, Stadt	145	145	141	144	65.022	106	41.372	106.394	0,106	0	0,000		0,106	718	105.676
Wuppertal, kreisfreie Stadt	1556	1478	1.437	1.490	674.509	4.954	1.933.558	2.608.067	2,608	0	0,000		2,608	17.599	2.590.467
Würselen, Stadt	149	202	191	181	81.768	309	120.603	202.371	0,202	0	0,000		0,202	1.366	201.006
Xanten, Stadt	129	121	119	123	55.668	157	61.277	116.946	0,117	0	0,000		0,117	789	116.157
Zülpich, Stadt	110	102	99	104	46.918	175	68.303	115.221	0,115	0	0,000		0,115	778	114.444
Summe	91.690	87.755	85.696	88.380	40.000.000	153.727	60.000.000	100.000.000	100,000	2.350.000	2,350	663.417	98,313	663.417	100.000.000

Ministerium für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein Westfalen
Der Staatssekretär

Ministerium für Kinder, Familie,
Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen
Die Staatssekretärin



Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

11. April 2018
Seite 1 von 3

Landkreistag Nordrhein-Westfalen
Herrn Hauptgeschäftsführer
Dr. Martin Klein
Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf

Aktenzeichen 413-9304
bei Antwort bitte angeben

RD'in Anja Kraska
Telefon 0211 837-4254
Telefax 0211 837-2200
Anja.Kraska@mkffi.nrw.de

Städtetag Nordrhein-Westfalen
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Herr Helmut Dedy
Gereonshaus
Gereonstraße 18 – 32
50670 Köln

Städte- und Gemeindebund Nordrhein-
Westfalen
Herrn Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernd Jürgen Schneider
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Teilhabe- und Integrati-
onsgesetzes**
Anhörung der Kommunalen Spitzenverbände gemäß § 35 Absatz 2
GGO
Anlagen

Sehr geehrter Herr Dr. Klein,
sehr geehrter Herr Dedy,
sehr geehrter Herr Dr. Schneider,

Bund, Länder und Kommunen hatten in der Zeit der stark angestiege-
nen Flüchtlingszahlen in den Jahren 2015 und 2016 den Kraftakt zu
stemmen, die Aufnahme und Unterbringung der nach Deutschland ge-

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Haroldstraße 4
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-02
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkffi.nrw
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 708, 709
Haltestelle Poststraße

flohenen Menschen zu gewährleisten und ihre Versorgung sicherzustellen. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben in der Flüchtlingskrise Hervorragendes geleistet. Dafür möchten wir Ihnen hier an dieser Stelle nochmals danken.

Seite 2 von 3

Aktuell stehen die Kommunen vor der Herausforderung einer gelingenden Integration der geflüchteten Menschen, insbesondere derjenigen mit guter Bleibeperspektive. Die dabei in den Jahren 2015 bis 2017 entstandenen und auch in 2018 entstehenden Kosten belasteten und belasten die kommunalen Haushalte. Zur Entlastung der Kommunen im Bereich von Integrationsmaßnahmen sollen den Gemeinden daher durch eine Neuregelung im Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz) vom 14. Februar 2012 erstmalig zusätzliche Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro in 2018 zur Verfügung gestellt werden. Damit belaufen sich die in 2018 geplanten flüchtlingsbedingten Zuweisungen an die Kommunen auf insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro.

Der anliegende Referentenentwurf beinhaltet folgende Neuregelungen:

1. Schaffung der Rechtsgrundlage zur Verteilung der 100 Mio. Euro Zuweisungen an alle 396 Gemeinden für Integrationsmaßnahmen in 2018 (§ 14a neu),
2. Schaffung der Rechtsgrundlage zur Weitergabe von vom Bund avisierten Mittel für 2018 aus dem Europäischen Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) in Höhe von ca. 10 Mio. Euro an die Gemeinden infolge der Gewährung von Sonderzahlungen für Fälle des Familiennachzugs im Kontext der legalen humanitären Aufnahme von Syrern aus der Türkei (§ 14b neu),
3. Redaktionelle Anpassung des Personenkreises nach § 11 Nr. 3 infolge bundesgesetzlicher Änderungen,
4. Redaktionelle Anpassung von § 10 Absatz 3 bis 5 aufgrund der aktuellen Zuständigkeit des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft für Vertriebenen- und Aussiedlerfragen.

Im Rahmen der nunmehr anstehenden Verbändeanhörung übersenden wir Ihnen, wie bereits im Gespräch mit Ihren Vertretern am 13. März 2018 angekündigt, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes und geben Ihnen die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Bitte lassen Sie Ihre Stellungnahme bis zum

Seite 3 von 3

26. April 2018

dem Referat 413 des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und
Integration zukommen (Sigrid.Humpert@mkffi.nrw.de;
Anja.Kraska@mkffi.nrw.de).

Für Ihre freundliche Unterstützung bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüßen



(Serap Güler)



(Dr. Jan Heinisch)